



An das Präsidium des Österreich-Konvents  
z. Hdn. Herrn Präsidenten Dr. Franz Fiedler  
[fiedler@rechnungshof.gv.at](mailto:fiedler@rechnungshof.gv.at)

An den Vorsitzenden des Ausschusses 3  
Herrn Univ.-Prof. Dr. Gerhart Holzinger  
[H8640307@edv1.boku.ac.at](mailto:H8640307@edv1.boku.ac.at)

Wien, am 4.11.2003

Sehr geehrte Damen und Herren!

Die Vereinigung der Industrie hält es für geboten, dass im zuständigen Konventsausschuss 3 folgende Vorschläge zum **Wahlrecht** – egal ob für die erneuerte Verfassung oder für ein anderes Gesetz – besprochen werden:

1. Verlängerung der Legislaturperioden von Nationalrat und Landtagen wenigstens auf 5 Jahre. Damit sind die Wahltermine im Voraus fixiert. Im Fall der vorzeitigen Auflösung einer gesetzgebenden Körperschaft haben für diese daraus folgende vorgezogene Neuwahlen als Zwischenwahlen stattzufinden, so dass jedenfalls (auch) zum vorgegebenen Zeitpunkt gewählt wird. (Ein Einwand, dass 4 Jahre auch in anderen Staaten üblich sind, ist wenig stichhältig, da es häufig auch längere Legislaturperioden gibt und Österreich durch die Volkswahl des Bundespräsidenten und durch 9 Wahlen für verhältnismäßig kleine Länder ohnedies besonders „wahlbelastet“ ist; zudem wurde der Veränderung bisher nicht Rechnung getragen, dass mit der Wahl zum Europäischen Parlament eine weitere Wahl dazu gekommen ist).

2. Zusammenlegung von Nationalrats-, aller Landtags- und aller Gemeinderatswahlen. Obwohl die demokratischen Rechte oder Prinzipien in jedem Fall erhalten blieben, könnten alternativ die Landtags- und Gemeinderatswahlen – jetzt schon üblicherweise kombiniert – in der Halbzeit der Nationalratswahlen festgelegt werden, das heißt Nationalratswahl – nach 2 \_ Jahren Landtags- und Gemeindewahlen – nach weiteren 2 \_ Jahren wieder Nationalratswahlen usw. Bei diesem System böte sich auch an, die Bundespräsidentenwahlen am ehesten mit den Landes- und Gemeindewahlen, unter Verkürzung der Amtsperiode des Bundespräsidenten auf 5 Jahre, zu koppeln.

Die Begründung für beide Forderungen liegt in der Erfahrungstatsache, dass Wahlkampfzeiten die notwendige Arbeit für politische Sachentscheidungen für Wochen oder Monate fast völlig zum Erliegen bringen. Dieser Entscheidungsmangel ist eine gefährliche und enorme Belastung für Wirtschaft und Bürger. Allein schon eine Verlängerung der Legislaturperiode

✉ A-1031 Wien, Schwarzenbergplatz 4

☎ +43-1-711 35-0

☎ +43-1-711 35-2910

✉ [iv.office@iv-net.at](mailto:iv.office@iv-net.at)

🌐 [www.iv-net.at](http://www.iv-net.at)

A Member of the Union of Industrial and  
Employers Confederations of Europe UNICE

des Bundes von 4 auf 5 Jahre würde die politische „Arbeitszeit“ um 25 % erhöhen, die zusätzliche Zusammenlegung laut Punkt 2 um weitere etwa 50 %. Positive Nebenwirkungen wären weniger Wahlmüdigkeit und damit Politikverdrossenheit der Bevölkerung sowie eine fühlbare Entlastung der Budgets und der Parteikassen.

Unser Konventsvertreter Dr. Voith ist zu näheren Ausführungen gern bereit.

Mit freundlichen Grüßen  
Industriellenvereinigung

Dr. Günter Voith e.h.

Mag. (FH) Mag. Stefan Mara e.h.